



Presseschau vom 13.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Abbas in Moskau: „Wir lehnen USA als Vermittler ab sofort ab“ Palästina will nicht, dass die USA der einzige Vermittler bei den Nahost-Verhandlungen werden. Das erklärte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas am Montag bei Verhandlungen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin.

„Angesichts der durch Handlungen der USA geschaffenen Atmosphäre erklären wir, dass wir auf die Kooperation mit den USA als Vermittler ab sofort verzichten. Wir sind gegen ihre Handlungen“, erklärte Abbas.

Palästina plädiert für die Schaffung eines Mechanismus, bei dem die USA nicht der alleinige Vermittler, sondern Teil einer Vermittlergruppe werden. „Wir haben keine Einwände gegen ein Format der Vermittlung wie ein Quartett plus irgendwelche andere Länder nach dem Musterbeispiel des Iran-Abkommens“, sagte der Palästinenserchef.

Ukrinform.ua: Bundespräsident und Außenministerin Österreichs besuchen im März Kiew und Lwiw

Der Bundespräsident Alexander Van der Bellen und die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich, Karin Kneissl, wollen bei ihrem März-Besuch in der Ukraine auch Kiew und Lwiw besuchen, teilte der ukrainische Botschafter in Österreich, Oleksandr Schtscherba, unter Berufung auf das österreichische Nachrichtenmagazin Profil mit.

„Bereits Mitte März wird Van der Bellen mit Außenministerin Karin Kneissl zu einem

Staatsbesuch in die Ukraine reisen“, heißt es im Bericht.

Im Bericht geht es auch um „ein besonderes Geschenk“, das der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko letzte Woche in Wien dem österreichischen Amtskollegen übergeben hat: Dokumente, laut denen der Urgroßvater von Van der Bellen seiner Abstammung nach in der mütterlichen Linie, Maximilian Reimann, in der Ukraine geboren wurde, nämlich in der Nähe von Poltawa.

Poroschenkos Geschenk überraschte Van der Bellen: „Ich wusste bisher nur von familiären Wurzeln in Russland und Estland, jetzt bin ich offenbar auch ein wenig Ukrainer“.

Vormittags:

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **neunmal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **sieben Ortschaften der Republik** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Putin-Trump-Telefonat: Weißes Haus enthüllt Details

Das Weiße Haus hat die Details des Telefongesprächs zwischen dem Präsidenten Russlands, Wladimir Putin, und seinem US-amerikanischen Amtskollegen, Donald Trump, offenbart. Die Staatschefs haben laut dem Pressedienst des Weißen Hauses Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert.

Demnach sollen die Präsidenten das nordkoreanische Atom- und Raketenprogramm besprochen haben.

„Präsident Trump bekräftigte, dass es wichtig ist, weitere Schritte zu unternehmen, um die Denuklearisierung Nordkoreas zu sichern“, so das Weiße Haus.

Trump betonte außerdem, dass die Erreichung eines „dauerhaften Friedensabkommens“ zwischen Israel und Palästina von hoher Relevanz sei.

Der US-Präsident habe Putin ferner zum Absturz des russischen Passagierflugzeugs An-148 bei Moskau kondoliert und die Bereitschaft der USA geäußert, Russland bei den Ermittlungen zur Absturzursache zu helfen.

Am Montag hatte Putin bei einem Treffen mit dem Palästinenserchef Mahmud Abbas mitgeteilt, er habe in einem Telefongespräch Probleme der Beilegung des palästinensisch-israelischen Konflikts erörtert. „Ich habe eben mit Herrn US-Präsident Trump telefoniert. Selbstverständlich sprachen wir über die Beilegung des Konflikts zwischen Israel und Palästina“, sagte der russische Präsident.

Lug-info.com Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Unter Beschuss geriet das Gebiet von **Kalinowo-Bortschtschewatoje**.

Es wurde mit 82mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Ukrinform.ua: Saakaschwili wird legalen Weg suchen, um in die Ukraine zurückzukehren
Der Anführer der neuen politischen Kraft „Bewegung neuer Kräfte“, Micheil Saakaschwili, der am 12. Februar nach Polen abgeschoben wurde, sagte in der Sendung des TV-Kanals zik.ua, er wolle einen legalen Weg finden, um in die Ukraine zurückzukehren.

„Natürlich werde ich in die Ukraine zurückkehren, und ich werde herausfinden, wie ich das tun kann“, sagte Saakaschwili.

Polnische Grenzsoldaten berichteten, dass Saakaschwili in Polen empfangen wurde. Am 12. Februar haben Saakaschwilis Unterstützer seine Festnahme von Unbekannten im Zentrum von Kiew gemeldet. Später hat der Staatliche Grenzdienst der Ukraine bekannt gegeben, dass Saakaschwili in das Land zurückgeschickt wurde, aus dem er herkam.

de.sputniknews.com: An den Haaren gezogen: Saakaschwili veröffentlicht seine Festnahme in Kiew

Der georgische Ex-Präsident und Ex-Gouverneur des ukrainischen Schwarzmeergebietes Odessa, Michail Saakaschwili, der am Montag aus der Ukraine abgeschoben wurde, hat nun auf seiner Facebook-Seite ein Video veröffentlicht. Es soll seine Festnahme zeigen. Auf dem offenbar von Überwachungskameras aufgenommenen Video ist zu sehen, wie Sondereinsatzkräfte in ein Restaurant stürmen und einige Gäste auf den Boden zwingen. Auf weiteren Aufnahmen ist zu erkennen, wie vier Ordnungskräfte einen Mann, vermutlich Saakaschwili, mit Gewalt aus dem Restaurant hinausführen. Ein Beamter hält ihn dabei an den Haaren fest.

Im Kommentar zum Video heißt es, die Personen, die Saakaschwili festgenommen haben, hätten ihn auf dem Weg zum Flughafen im Auto geschlagen, ihm die Augen und den Mund zugehalten und ihn mit Schusswaffen bedroht.

Am Montag hatte die ukrainische Grenzschutzbehörde Saakaschwili nach Polen abgeschoben, von dessen Territorium er im Herbst letzten Jahres illegal in die Ukraine eingedrungen war und dabei die Absperrungen der Grenzschutzbeamten und Gesetzeshüter durchbrochen hatte. Später bestätigte der polnische Grenzschutz, dass Saakaschwili nach Warschau gekommen ist. <https://www.facebook.com/SaakashviliMikheil/videos/1848321205198252/>

dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 9. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Dolominoje, Schirokaja Balka, der Donezker Flughafen (Spartak, Terminal, Shabitschewo), Donezk (Abakumow-Bergwerk), Dokutschajewsk.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 173.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 170

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: US-Haushaltsentwurf 2019: Trump will eine Milliarde US-Dollar für Cyber-Schutz

Die Regierung des US-Präsidenten Donald Trump plant, rund eine Milliarde US-Dollar für den Cyber-Schutz von bundesweiten Computer-Netzen bereitzustellen. Dies geht aus einer Mitteilung der US-Ministeriums für Innere Sicherheit hervor, die auf der Webseite der Behörde veröffentlicht ist.

„Der Haushalt für das Finanzjahr 2019 sieht etwa eine Milliarde US-Dollar für Initiativen vor, die bundesweite Netze schützen und Schwachstellen von Cybersystemen beseitigen, sowie 319 Millionen US-Dollar für den Schutz kritischer Infrastruktur“, heißt es in der Mitteilung.

Es handelt sich um den Haushaltsentwurf der Regierung Trump, der noch vom US-Kongress behandelt werden soll. Der Kongress kann dabei noch Veränderungen des Entwurfs bewirken. Das Finanzjahr 2019 beginnt in den USA im Oktober 2018.

Insgesamt soll die Finanzierung des Ministeriums für Innere Sicherheit 46,5 Milliarden US-Dollar ausmachen, was eine Steigerung um rund 3,5 Milliarden US-Dollar oder 7,8 Prozent gegenüber dem vergangenen Jahr bedeuten würde.

Unter anderem beantragt die Regierung 1,6 Milliarden US-Dollar für die Errichtung einer fast 105 Kilometer langen Mauer an der Grenze zu Mexiko (die mehr als 3200 Kilometer lang ist — Anm. d. Red.). Zudem will die Regierung 164 Millionen US-Dollar für die Einstellung von 750 zusätzlichen Grenzschutzkräften und 153 Mitarbeitern des Hilfspersonals aufwenden. Weitere 5,1 Milliarden US-Dollar sollen für die Umsetzung der Einreisegesetze und Abschiebetransporte von Immigranten verwendet werden. So sieht der Regierungsentwurf 571 Million US-Dollar für die Einstellung von 2000 zusätzlichen Polizeibeamten und 1312 Hilfskräften vor. 1,9 Milliarden US-Dollar sollen zum Schutz der Seegrenzen in die Rekapitalisierung der Vermögenswerte der US-Küstenwache investiert werden.

Dan-news.info: „Gemäß einer Anweisung des Republikoberhauptes an die örtlichen Verwaltungen wird seit Dezember 2017 eine Inventarisierung der Schutzeinrichtungen der Zivilverteidigung durchgeführt, die die Bevölkerung als Schutzraum bei Kämpfen verwenden kann“, teilte der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit. „Insgesamt sind derzeit etwa 60 Prozent der Schutzeinrichtungen bereit“.

Das Ministerium erläuterte, dass auch Arbeiten durch Ausstattung der Schutzräume mit allem notwendigen Material für den Fall von Beschüssen durchgeführt werden. Eine Ausnahme sind die Schutzeinrichtungen in Städten und Bezirken der Republik, die tief im Hinterland liegen. Ihre Ausstattung wird von Seiten des Zivilschutzministeriums der DVR über die örtlichen Verwaltungen kontrolliert.

Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat Ende Dezember letzten Jahres die Leiter der Stadt- und Bezirksverwaltungen angewiesen, eine Inventarisierung von Schutzräumen durchzuführen und sie mit allem Notwendigen auszustatten. Derzeit gibt es auf dem Territorium der Republik mehr als 4500 Schutzräume, was 8,5 mal mehr ist als 2014.

de.sputniknews.com: US-Außenministerium nennt Bedingungen für Abschaffung von Russland-Sanktionen

Die USA können laut der Vize-Assistenzsekretärin für europäische und eurasische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Kathleen Kavalec, Sanktionen wegen der angeblichen Einmischung Russlands in die US-Wahlen abschaffen, falls die Einmischung eingestellt wird. Parallel plädieren mehrere demokratische Senatoren für neue Russland-Sanktionen.

Washington wird demnach die Sanktionen gegen Russland, die im Jahre 2017 wegen einer angeblichen Einmischung in die US-Wahlen verhängt worden sind, abschaffen, wenn die Einmischung seitens Moskaus eingestellt wird.

„Die Sanktionen, die 2017 als Antwort auf eine Einmischung in die Wahlen verhängt worden sind, können auch abgeschafft werden, wenn wir sehen, dass diese Einmischung gestoppt wurde. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Sanktionen nicht um der Sanktionen willen bestehen. Diese Sanktionen wurden als Antwort auf konkrete Handlungen Russlands eingeführt, um zu zeigen, dass solche Handlungen inakzeptabel sind“, so Kavalec. Ihre Aussagen wurden in einem Video der russischen Botschaft in den USA bei Twitter veröffentlicht.

Die Ermittlungen zu Russlands angeblicher „Einmischung in die amerikanischen Wahlen“ sowie zu mutmaßlichen Verbindungen des Präsidenten Donald Trump zu Russland, die im

Weißes Haus ebenso wie im Kreml bestritten werden, laufen gegenwärtig im FBI und im Kongress der USA. Zum Sonderstaatsanwalt dieser Ermittlungen war der Ex-FBI-Chef Robert Mueller ernannt worden. Russland hat die Beschuldigung, die US-Präsidentenwahl beeinflusst zu haben, wiederholt zurückgewiesen. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bezeichnete sie als „absolut unbegründet“.

Gleichzeitig schreibt die Zeitung „Politico“, dass drei Senatoren der Demokratischen Partei eine Resolution vorgelegt hätten, die den US-Präsident Donald Trump dazu aufruft, neue Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

Dabei gehe es um die Senatoren Ben Cardin (US-Bundesstaat Maryland), Sherrod Brown (Ohio) und Robert Menendez (New Jersey). Aus ihrer Sicht sieht der Gesetzentwurf, der im vergangenen Jahr vom US-Kongress bewilligt und schließlich von Trump unterzeichnet worden war, eine obligatorische Einführung von Einschränkungen vor.

„Der Mangel an Ernsthaftigkeit, den die Administration angesichts einer klaren Bedrohung der nationalen Sicherheit und einer noch klareren Absicht des Kongresses an den Tag legt, ist besorgniserregend und darf nicht fortgesetzt werden“, heißt es in der Resolution.

Das US-Finanzministerium hatte Ende Januar den sogenannten „Kreml-Bericht“ verbreitet. Darin sind 114 Politiker und Beamte sowie 96 Geschäftsleute erwähnt. Russlands Präsident Wladimir Putin sagte, dass die Erstellung und Verbreitung dieses Berichts ein unfreundlicher Akt sei und den Beziehungen zwischen den beiden Ländern schade.

Zuvor hatte das US-Außenministerium erklärt, dass die USA mit Ländern in aller Welt an der Umsetzung eines Gesetzes zur Implementierung und Ausweitung von Sanktionen (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act, CAATSA) gearbeitet hätten. Dabei geht es unter anderem um die Anti-Russland-Sanktionen. Das CAATSA-Paket sieht nämlich Strafmaßnahmen nicht nur gegen russische Staatsbürger und Unternehmen, sondern auch gegen ausländische Firmen vor, die intensiv an russischen Projekten teilnehmen.

US-Präsident Donald Trump hatte am 2. August 2017 das CAATSA-Gesetz unterzeichnet, das neue Sanktionen sowie Verschärfungen bereits bestehender US-Einschränkungen gegen Russland, den Iran und Nordkorea enthält.

mptdnr.ru: Heute, am 13. Februar, haben die Leiter des staatlichen Unternehmens „Donezkstandartmetrologija“ und des staatlichen Unternehmens „Donezkkos“ einen Vertrag über Unterstützung und Zusammenarbeit unterzeichnet. An der Veranstaltung nahmen der Minister für Industrie und Handel der DVR Alexej Granowskij, der Generaldirektor von „Donezkstandartmetrologija“ Ruslan Kriwitsch und der Direktor von „Donezkkos“ Pjotr Gontscharenko sowie das Kollektiv des Unternehmens teil.

Der Industrieminister berichtete, dass die Gesellschaft „Metinwest“ im Jahr 2015 die Entscheidung getroffen hat, das Unternehmen zu liquidieren, die Koksanlagen wurden vollständig vernichtet, das heißt, die Koksproduktion kann nicht in Betrieb genommen werden. Nach Einführung der äußeren Leitung in dem Unternehmen hat die Republik Löhne an das Kollektiv gezahlt.

„Es ist ein Rückstand bei den Löhnen von 3,5 Monaten entstanden. Wir haben uns an die liquiden staatlichen Unternehmen gewandt mit der Bitte, „Donezkkos“ zu unterstützen. Das staatliche Unternehmen „Donezkstandartmetrologija“ hat sich gemeldet. Nach der Unterzeichnung eines Vertrags werden sie dem staatlichen Unternehmen „Donezkkos“ Gelder für die Zahlung der Löhne übertragen. Heute erhalten die Mitarbeiter von „Donezkkos“ Löhne für einen Monat, später werden wir sie monatlich in vollem Umfang auszahlen und die aufgelaufenen Rückstände zahlen.

Dies wird uns Zeit geben, um „Donezkkos“ umzuqualifizieren und umzustellen. Die Entscheidung zur Umstellung wird vom wissenschaftlichen Rat beim Ministerium für Industrie und Handel gefasst werden, zu dem alle führenden Personen unserer wissenschaftlichen Vereinigungen gehören“, berichtete Alexej Granowskij. Er merkte an, dass

in dem Unternehmen derzeit 70 Personen arbeiten.

Nach der Unterzeichnung des Vertrags zwischen den beiden staatlichen Unternehmen berichtete Ruslan Kipritsch, dass die Entscheidung zu helfen bei einer Versammlung des Arbeitskollektivs des staatlichen Unternehmens „Donezkstandartmetrologija“ gefasst wurde. „Bei einer Versammlung des Kollektivs unseres Unternehmen haben wir berichtet, dass im Unternehmen „Donezkkoks“ Lohnrückstände existieren und es eine Perspektive für seine Umorientierung gibt. Unsere Leute haben sich eingeschaltet – und es wurde die Entscheidung getroffen, das Unternehmen „Donezkkoks“ zu unterstützen“, sagte Ruslan Kriwitsch. Der Vorsitzende des Rats des Arbeitskollektivs bedankte sich im Namen der Mitarbeiter des Unternehmens dafür, dass ihre Probleme nicht unbemerkt geblieben sind. „Wir haben uns an viele Instanzen gewandt. Weil uns das Republikoberhaupt Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats Alexandr Jurjewitsch Timofejew, der Industrieminister Alexej Iwanotisch Granowskij angehört haben, erhalten wir schon heute finanzielle Mittel. Dafür möchte ich Ihnen im Namen des Arbeitskollektiv herzlich danken. Ich bin überzeugt, dass die Fragen der Inbetriebnahme unseres Unternehmens dank Ihrer Beteiligung gelöst werden“, sagte er. Die Unterzeichnung des Vertrags fand im Rahmen der von der Führung der Republik veranlassten Kooperation von Industrieunternehmen der DVR statt.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Niederländischer Minister verdrehte Putins Worte über „Großrussland“
Der niederländische Außenminister Halbe Zijlstra hat nicht nur über sein Treffen mit dem russischen Präsidenten Putin gelogen, sondern auch Putins Worte über „Großrussland“ falsch gedeutet. Dies berichtet die Zeitung „de Volkskrant“ unter Verweis auf den ehemaligen Generaldirektor von „Royal Dutch Shell“, Jeroen van der Veer.

Seit 2014 behauptete Halbe Zijlstra, er hätte 2006 einem Treffen des russischen Präsidenten Putin mit ausländischen Unternehmern beigewohnt und persönlich gehört, wie der russische Staatschef das Wort „Großrussland“ gebraucht und den Begriff als „Russland, Weißrussland, die Ukraine und die baltischen Staaten“ definiert habe. Zijlstra verband die Erwähnung von „Großrussland“ mit der angeblichen Absicht Russlands, die Kontrolle über die Ukraine, Weißrussland, und die baltischen Länder wiederherzustellen.

Die Zeitung überführte den niederländischen Außenminister schließlich der Lüge über das Treffen mit Putin. Bei dem Interview musste Zijlstra zugeben, er selbst habe die von ihm beschriebene Passage nicht gehört, weil er sich zu dem Zeitpunkt in einem Nebenzimmer befunden habe. Der Außenminister will die Geschichte jedoch von einem Mitarbeiter von „Royal Dutch Shell“ gehört und sie in der Ich-Form erzählt haben, um die Persönlichkeit der Quelle nicht zu verraten.

Nun kommentierte Jeroen van der Veer den Skandal in einer E-Mail an die Redaktion, in der er schrieb, Zijlstra habe diese Geschichte von ihm gehört. Van der Veer teilte mit, er habe dem Gespräch beigewohnt und Zijlstra später davon erzählt. Das Wort „Großrussland“ sei aber in einem historischen Kontext gebraucht worden, so van der Veer. Außerdem habe er gegenüber Zijlstra nichts erzählt, was dem Minister erlaubt hätte, dieses Wort „in einem aggressiven Sinne zu deuten“, wie er es 2016 getan habe, betonte van der Veer.

Am Dienstag soll Zijlstra sich dem Parlament stellen, um die Situation zu erläutern.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31669/03/316690348.jpg>

ukrinform.ua: Turtschynow: Voriges Jahr rückte Armee 10 Kilometer vor

Die ukrainischen Streitkräfte sind 2017 im Konfliktgebiet in der Ostukraine zehn und mehr Kilometer vorgerückt und haben ihre Positionen verbessert.

Das erklärte der Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Olexandr Turtschynow, in einem Interview für hromadskeTV. 2016 und 2017 unterschieden sich von den verhangenen Jahren dadurch, dass kein Meter unseres Bodens abgetreten wurde, sagte Turtschynow. „Darüber hinaus rückten unsere Einheiten an einigen Richtungen 10 Kilometer und mehr vor und verbesserten ihre Positionen. Das ist eine Tatsache“, betonte er. Alle Versuche der Terroristen und russischen Truppen, die Lage an der Konfliktlinie zu ändern, hätten sich zerschlagen. „Derzeit gibt es in den besetzten Gebieten keine Kräfte, die die heutige Trennlinie ändern könnten“, so der Politiker.

Der Stab der Antiterror-Operation bestätigte am 2. Februar, dass die Ortschaft Kateryniwka, Oblast Luhansk, unter Kontrolle der Ukraine ist. Am 31. Januar nahm die ukrainische Armee die Ortschaft Nowoalexandriwka im Oblast Luhansk unter ihre Kontrolle.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt.**

In Richtung Donezk hat der Gegner auf die Gebiete von **Spartak, Dokutschajewsk, Shabitschewo, das Gebiet des Flughafens und den Kirowskij-Bezirk von Donezk** 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurde mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner auf die Gebiete von **Dolomitnoje und Schirokaja Balka** 60 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden neun Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Während des gestrigen Mörserbeschusses von Dolomitnoje, der auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade, des Kriegsverbrechers Majstrenko im Rahmen von Übungen der Brigade erfolgte, war in Nowoluganskoje eine Gruppe von Journalisten des Fernsehsenders „Ukraina“ anwesend. Dieser Beschuss ist nicht anderes als eine Provokation

von Seiten der ukrainischen Streitkräfte, um eine Erwidierung des Feuers unsererseits hervorzurufen. Die ukrainischen Propagandisten präsentieren in für sie üblicher Weise ihrem Auditorium eine Halbwahrheit und oft auch eine vollständige Lüge, sie entfachen Hass in den Herzen der Bürger des Landes.

Gestern hat der bekannte Populist **Turtschinow**, der eine erfolglose Parodie auf eine höhere Führungskraft eines 40-Millionen-Staates ist, in einem Interview erklärt, dass die **ukrainischen Truppen im Jahr 2017 in der Zone der sogenannten ATO in einigen Gebieten um 10 km und mehr vorgedrungen sind.**

Allem Anschein nach meint der geistig beschränkte Mensch Turtschinow, dass die Kontaktlinie bei dem im Hinterland befindlichen Kramatorsk verläuft, das er selten einmal besucht. Wenn er den Mut gefunden hätte und beispielsweise Drushkowska besucht hätte, würde er wahrscheinlich annehmen, dass die Frontlinie sich zusammen mit ihm 10 km vorwärts bewegt hätte.

Ich will daran erinnern, dass die ukrainischen Truppen unter unmittelbarer Führung des erfolglosen Heerführers Turtschinow nur unaufhaltsam das eingenommene Territorium verteidigt haben. Von den zweifelhaften militärischen Erfolgen der ukrainischen Armee in der letzten Zeit kann nur die „mutige“ **Einnahme von Ortschaften in der „grauen Zone“** genannt werden, wo nur friedliche Bürger leben und wo der Aufenthalt von Soldaten eine weitere Verletzung der erreichten Vereinbarungen ist und die Stabilisierung der Lage an der Kontaktlinie nicht befördert. Ein deutliches Beispiel hierfür ist die Besetzung von Gladosowo und Trawnwoje durch Einheiten der ukrainischen Streitkräfte.

de.sputniknews.com: Kreml-Sprecher zu „konstruktivem“ Putin-Trump-Telefongespräch
Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat das jüngste Telefongespräch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem amerikanischen Amtskollegen Donald Trump kommentiert.

„Es (das Gespräch – Anm. d. Red.) war ziemlich konstruktiv, und in diesem Fall hat der Präsident seinem amerikanischen Kollegen für sein Beileid im Zusammenhang mit der jüngsten Flugzeugkatastrophe gedankt. Was die Bereitschaft zur Hilfe bei der Ermittlung des Unglücks angeht, hat sich der Präsident auch für den Ausdruck dieser Bereitschaft bedankt und seinen amerikanischen Kollegen über die Arbeit informiert, die über die Linie des Zwischenstaatlichen Luftfahrtkomitees durchgeführt wird“, so Peskow.

Laut Peskow wurde auch das Thema Nordkorea behandelt. „Das Thema wurde angesprochen, aber ohne irgendwelchen tiefen Meinungs austausch“, präzisierte der Kreml-Sprecher. Das Telefongespräch zwischen den Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Donald Trump, hatte am Montag stattgefunden.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der DVR

Gestern um 10 Uhr morgens wurde in der Sowjetskaja-Straße in Spartak in der Folge eines Beschusses mit einer Schusswaffe von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus der friedliche **Einwohner Anatolij Michajlowitsch Tischtschenko, geb. 1968, am Bein verletzt.**

de.sputniknews.com: Russisches Militär warnt: Erneuter Giftgaseinsatz in Syrien in Vorbereitung

In Syrien wird möglicherweise ein erneuter Einsatz von Giftgas vorbereitet, hat das in dem Land stationierte Aussöhnungszentrum des russischen Militärs am Dienstag unter Berufung auf Quellen vor Ort gewarnt. Die Militärs vermuten, dass Terroristen eine Provokation planen. Auch die umstrittene Rettungsorganisation "Weißhelme" soll verwickelt sein.

Ein Einwohner der Provinz Idlib habe sich beim Aussöhnungszentrum gemeldet und

mitgeteilt, dass in ein Dorf mindestens 20 Behälter mit Chlor gebracht worden seien. Der Transport gehöre vermutlich der Terrormiliz al-Nusra-Front.

„Nach seinen Angaben brachten al-Nusra-Kämpfer am Montag mit drei Wagen mehr als 20 Chlorbehälter und individuelle Schutzmittel (Gasmasken – Red.) in die Ortschaft Serakab“, teilte das Aussöhnungszentrum mit. Der Mann will zudem Vertreter der umstrittenen Rettungsorganisation "Weißhelme" gesehen haben, die erste Hilfe für „betroffene Zivilisten“ geübt haben sollen.

Das Ganze sei „von professionellen Kamerateams gefilmt“ worden, so der Mann weiter. Auf einem der Mikrofone habe er die Aufschrift „CNN“ bemerken können.

„Diese Informationen erregen tiefe Besorgnis“, kommentierte das Aussöhnungszentrum. „All das spricht dafür, dass Al-Nusra-Terroristen zusammen mit den Weißhelmen eine neue Giftgas-Provokation vorbereiten, um dann die syrischen Behörden für den Einsatz chemischer Waffen gegen die Ortsbevölkerung verantwortlich zu machen.“

Sämtliche C-Waffenvorräte der syrischen Regierung sind bereits zwischen 2014 und 2016 unter Kontrolle der OPCW sichergestellt und vernichtet worden.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mit einem 82mm-Mörser, einem automatischen Granatwerfer und einem großkalibrigen Maschinengewehr die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowo-Bortschtschewatoje** beschossen und dabei mehr als 30 Geschossen abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte geben weiterhin ihre kampfbedingten und nicht kampfbedingten Verluste zu niedrig an.

Es wurde bekannt, dass im Militärhospital von Sewerodonezk täglich tote und verletzte Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aus der „ATO“-Zone eintreffen. Der Leiter des Hospitals hat die Anweisung erhalten, diese Tatsachen zu verheimlichen.

Allein für den 11. Februar wurde uns bekannt, dass ein toter und drei verletzte Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in dem Krankenhaus eingetroffen sind. Drei Soldaten aus der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ sind mit verschiedenen schweren Knochenbrüchen eingetroffen, die sie in der Folge von nicht ordnungsgemäßem Verhalten untereinander erlitten haben.

Der Tote, der in die Leichenhalle des Krankenhauses gebracht wurde, war ein Soldat der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte. Es ist bekannt, dass der Soldat starb, als er auf eine nicht identifizierte Sprengeinrichtung im Gebiet von Kamyschnoje im Staniza-Luganskaja-Bezirk geriet. Wie klar wurde, befasste sich in diesem Abschnitt eine Gruppe Kiewer Soldaten, zu denen der Tote gehörte, mit der Verminung der Territorien an der Staatsgrenze mit der RF.

Auf Basis des Ausbildungszentrums der Volksmiliz der LVR haben zweimonatige Kurse zur Ausbildung von Spezialeinheiten zum Kampf gegen Diversions- und Erkundungsgruppen begonnen.

Außerdem werden Übungen mit Fahrern durchgeführt, bei denen besondere Aufmerksamkeit auf die Führung von Fahrzeugtechnik in der Nacht in unbekanntem Gelände unter Bedingungen eingeschränkter Sicht gelegt wird.

de.sputniknews.com: USA legen Pläne zur „Eindämmung Russlands“ offen

Das US-Verteidigungsministerium will für die sogenannte „Europäische Eindämmungsinitiative“ („European Deterrence Initiative“) im kommenden Jahr mehr als 6,3 Milliarden US-Dollar ausgeben – das sind rund 1,7 Milliarden Dollar mehr als in diesem Jahr.

250 Millionen davon sind im US-Budgetentwurf für die Ukraine vorgesehen. Das Programm soll unter anderem die US-Militärpräsenz in Europa und die Möglichkeiten der US-Partner erweitern, heißt es im Budgetentwurf, der dem Kongress zur Abstimmung vorliegt. Ziel des Programms sei, „dem Zwang und der Aggression seitens Russlands in der Region zu widerstehen“.

Demnach soll ein Plan für gemeinsame Manöver der USA, ihrer Nato-Partner und anderer Partnerländer erstellt werden, die überwiegend in Osteuropa stattfinden sollen. Aus den bereitgestellten Geldern soll auch das in Polen stationierte US-Bataillon weiter unterhalten werden. Die für die Ukraine vorgesehenen Gelder seien für den Schutz ihrer territorialen Souveränität bestimmt.

Die „Eindämmungsinitiative“ wird den USA außerdem ermöglichen, mehr Militärtechnik und schwere Waffen in Europa zu stationieren und die Ausrüstung der US-Bodentruppen zu erneuern, heißt es in dem Dokument.

Lug-info.com: Am Abend des 12. Februar hat die Volksmiliz der LVR einen Durchbruchversuch einer Diversions- und Erkundungsgruppe der Kiewer Truppen auf das Territorium der Republik unterbunden. Drei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte wurden getötet und von ihren Kameraden beim Abzug zurückgelassen.

„Die Leiche eines der ukrainischen Soldaten wurde nicht weit von unseren Positionen geborgen und in die Leichenhalle von Stachanow gebracht. Dieser Soldat starb in der Folge einer tödlichen Schussverletzung“, erklärte Oberleutnant des medizinischen Dienstes der Volksmiliz Tatjana Chromkova.

„Bei einer ersten Untersuchung und ersten Analysen auf Alkohol und Drogen wurde im Blut Alkohol entdeckt. Die weiteren Analysen werden etwas später abgeschlossen sein und dann werden wir sagen können, ob er Drogen genommen hat oder nicht“, sagte sie.

de.sputniknews.com: „Misserfolg auf RT und Sputnik geschoben“: Simonjan zu „Brexit-Einmischung“

Die Chefredakteurin von Sputnik und RT, Margarita Simonjan, hat einen Bericht der britischen Kommunikationsagentur 89up über „wesentlichen Einfluss“ von Sputnik und RT auf die Ergebnisse des Brexit-Referendums kommentiert. Sie wirft dabei den britischen PR-Leuten vor, dass sie ihren Misserfolg auf RT und Sputnik schieben wollen.

„Den britischen PR-Leuten ist es nicht gelungen, für die Vorteile Großbritanniens in der EU zu werben, darum schieben sie ihren Misserfolg auf RT und Sputnik“, wird Simonjan von RT zitiert. „Sie können sich nicht damit abfinden, dass ihre Mitbürger selbstständig denken können, etwas anderes außer der Zeitung ‚The Times‘ lesen und so abstimmen, wie sie wollen.“

Zuvor hatten die britischen Medien über einen Bericht der Kommunikationsagentur 89up über angebliche „Versuche Russlands“ berichtet, die Ergebnisse des Brexit-Referendums zu beeinflussen. Laut der Studie hatten Publikationen von russischen Medien, unter anderem von RT und Sputnik, und ihre Verbreitung in den sozialen Netzwerken viermal mehr Einfluss auf das Referendum als die offizielle Brexit-Kampagne.

Die Kommunikationsagentur 89up beschäftigt sich mit politischem PR und Lobbyismus. Sie wurde von der Nichtregierungsorganisation Best for Britain finanziert, die im vorigen Jahr mehr als 400.000 Pfund von US-Milliardär George Soros erhalten hatte. Diese Informationen, die zuerst die Zeitung „The Daily Telegraph“ veröffentlicht hatte, wurde von dem Milliardär bestätigt.

Bei dem Referendum vom 23. Juli 2016 hatte die knappe Mehrheit der Briten für einen Ausstieg aus der Europäischen Union gestimmt. Das Austrittsverfahren war am 29. März 2017 gestartet worden. Genau zwei Jahre danach, am 29. März 2019, soll Großbritannien laut

Artikel 50 des Vertrags von Lissabon die Europäische Union verlassen.
Moskau hatte die Vorwürfe der angeblichen versuchten Einmischung in die Wahlen und Volksabstimmungen anderer Länder mehrmals als haltlos zurückgewiesen.

Dan-news.info: Einwohner von Donezk-Sewernyj bei Jasinowataja haben heute humanitäre Hilfe von Mitarbeitern der Donezker Eisenbahn erhalten. Lebensmittel, warme Sachen, Schulmaterialien und Baumaterialien zum Wiederaufbau von Wohnraum werden unter 62 Personen verteilt.

An der Veranstaltung nahmen die Leiterin des besonderen Stabs zur Überführung der Unternehmen ukrainischer Jurisdiktion unter äußere Leitung der DVR Olga Posdnjakowa, die Leiterin des gesellschaftlichen Stabs für die frontnahen Bezirke Jekaterina Martjanowa, der stellvertretende Generaldirektor der Donezker Eisenbahn Aelxandr Bondarenko, der Bürgermeister von Jasinowataja Oleg Morgun teil.

An der Organisation der Unterstützung für die Einwohner frontnaher Ortschaften nehmen neben den Eisenbahnern 14 Unternehmen unter äußerer Leitung teil.

Donezk-Sewernyj liegt im Gebiet der gleichnamigen Eisenbahnstation zwischen Spartak und Jakowlewka. Es gehört faktisch zum Jasinowataja-Bezirk. Während des Konflikts geriet es mehrfach unter Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte. In der Ortschaft wurden eine Menge von Schäden festgestellt.

de.sputniknews.com: 600 Russen in Syrien getötet? Kreml nimmt Stellung
Nach Medienberichten über Hunderte angeblich getötete Russen in Syrien haben Journalisten Kreml-Sprecher Dmitri Peskow um eine Stellungnahme gebeten.

Der Kreml sei nicht über alle Russen informiert, die sich in Syrien aufhalten könnten, sagte Peskow am Dienstag.

Er empfahl, nähere Informationen beim Verteidigungsministerium anzufragen.

„Wir operieren in diesem Fall mit Angaben, die diejenigen Angehörigen der Streitkräfte der Russischen Föderation betreffen, die an der Operation der russischen Streitkräfte und der Luftwaffe zur Unterstützung der syrischen Armee teilnehmen“, sagte Peskow.

„Angaben über andere Russen, die sich in Syrien aufhalten können, liegen uns nicht vor“, so Peskow weiter. „Wir empfehlen, sich mit diesen Fragen an unser Verteidigungsamt zu wenden.“

Peskow rief Journalisten zudem auf, „Medieninformationen nicht als Urquelle zu benutzen“.

„In vielen Ländern der Welt halten sich viele Russen auf. Es fällt daher schwer, detaillierte Informationen über sie zu erlangen.“

Zuvor hatten Medien berichtet, dass in Syrien seit Beginn des russischen Militäreinsatzes im Jahr 2015 bis zu 600 russische Bürger getötet worden seien

Dan-news.info: „Vertreter des gesellschaftlichen Stabs für die frontnahen Bezirke führen weiter Treffen mit Bürgern durch. Für den Februar wurden 15 Besuche von frontnahen Ortschaften geplant“, sagte die Leiterin des Stabs, die Abgeordnete des Volkssowjet Jekaterina Martjanowa.

Sie fügte hinzu, dass der Stab seit Anfang des Monats zwei Treffen in Staromichajlowka und Werchnetorezkoje durchgeführt hat. Jetzt sind Besuche in Alexandrowka, Staromichajlowka, Spartak, Sajzewo und anderen Ortschaften an der Abgrenzungslinie geplant.

Ukrinform.ua: Korruptionsbekämpfung: Regierung billigt Aktionsplan zur Kommunikationsstrategie

Die Regierung der Ukraine hat einen Aktionsplan zur Umsetzung der Kommunikationsstrategie im Bereich Prävention und Bekämpfung der Korruption für das

Jahr 2018 beschlossen.

Eine entsprechende Anordnung wurde auf dem Regierungsportal veröffentlicht. Das Papier sieht Standards für Veröffentlichungen über die Korruptionsbekämpfung auf der Webseite einer Zentralbehörde, die Durchführung von Media-Events zum Thema Bekämpfung der Korruption in den staatlichen Organen, die Einbeziehung der Öffentlichkeit für die Ausarbeitung der Lösungen im Bereich Prävention und Bekämpfung der Korruption, die Popularisierung des Systems der elektronischen Dienstleistungen, die die Korruptionsrisiken vermindern, sowie andere Maßnahmen vor.

Auch der Aktionsplan zur Umsetzung der Kommunikationsstrategie im Bereich Prävention und Bekämpfung der Korruption für das Jahr 2019 soll ausgearbeitet und der Regierung vorgelegt werden.

de.sputniknews.com: Kiew: Ex-Vizeinnenministerin verzichtet auf ukrainische Staatsbürgerschaft

Die ehemalige Erste Stellvertreterin des ukrainischen Innenministers Eka Sguladse hat auf die ukrainische Staatsbürgerschaft verzichtet, meldete die Agentur RBK am Dienstag.

„Ich vermute, nachdem Sguladse’s Amtszeit als Polizeichefin zu Ende gegangen war, hat sie auf die Staatsbürgerschaft der Ukraine verzichtet und erneut die georgische Bürgerschaft per Antrag bei den zuständigen Behörden bekommen,“, zitierte RBK den stellvertretenden Minister für die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine Juri Grymtschak.

Demnach war Sguladse von 2005 bis 2012 Vizeinnenministerin Georgiens und 2012 amtierende Ministerin für Polizei und öffentliche Ordnung.

Sguladse sei im Dezember 2014 zur Vizechefin des ukrainischen Innenministeriums ernannt worden.

Dafür habe sie auf ihren georgischen Pass verzichtet und die ukrainische Bürgerschaft bekommen. Im Mai 2016 sei sie „aus familiären Gründen“ zurückgetreten.

Der Agentur zufolge war Sguladse während der Präsidentschaft Michail Saakaschwilis in Georgien von 2004 bis 2013 Mitglied seines Teams.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31952/71/319527159.jpg>

Dan-news.info: „Um den Veteranen des Krieges Dankbarkeit auszudrücken, das Andenken an die Toten zu verewigen und die Traditionen zu erhalten weise ich an, die Teilnehmer der Kämpfe im Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945 einschließlich der des Kriegs mit Japan,

die Teilnehmer der Kämpfe in Afghanistan und die Familien von in Afghanistan gefallenen internationalistischen Kämpfern mit Lebensmittelpaketen zum Tag des Verteidigers des Vaterlands zu versorgen“, heißt es in einem Erlass des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko.

Die Realisierung des Erlasses ist dem Arbeits- und Sozialministerium der DVR übertragen. Wir fügen hinzu, dass der Tag des Verteidigers des Vaterlands 1922 in der RSFSR als Tag der Roten Armee und Flotte begründet wurde und jährlich am 23. Februar gefeiert wird. Zurzeit wird er offiziell in Russland, Weißrussland und Kirgisien, der DVR und der LVR begangen.

de.sputniknews.com: „Vorteile nicht vermittelt“: Warum Soros-Lobbyisten „Kreml-Medien“ verteufeln

Wieder ein Skandal wegen Schuldzuweisungen an Moskau, wieder in Großbritannien: Eine PR-Agentur wirft „RT“ und „Sputnik“ vor, das Wahlverhalten der Briten beim Brexit-Referendum beeinflusst zu haben. Britische Abgeordnete fordern unverzüglich Maßnahmen gegen Russlands angebliche Einmischung.

Steckt Putin hinter dem Brexit? Eine Studie der britischen PR-Agentur „89up“ will genau das glauben machen. Mit „Putins Brexit? Der Einfluss der Kreml-Medien beim UK-EU-Referendum 2016“, betiteln die PR-Spezialisten ihre sogenannte Untersuchung.

Darin heißt es: Die Tweets von „Sputnik“ und „RT“ mit einer „Anti-EU-Ausrichtung“ hätten im Zeitraum von Januar bis Juni 2016 ganze 134 Millionen Menschen erreicht. In einem halben Jahr hätten der Sender und die Medienplattform 261 Artikel veröffentlicht, die den Brexit befürwortet hätten.

Die beiden offiziellen britischen Pro-Brexit-Kampagnen – „Vote Leave“ und „Leave.EU“ – hätten nicht annähernd so viel Aufmerksamkeit bekommen, heißt es in der PR-Studie weiter. Deren Tweets hätten nur 33 respektive 11 Millionen User gesehen.

„Die Propagandakanäle des Kremls haben drei Mal so großen Einfluss über Twitter erzielt als die beiden offiziellen Kampagnen für den EU-Austritt“, heißt es in einer Mitteilung des 89up-Direktors, Mike Harris.

Dies sei eine „klare und absichtliche“ Einmischung einer „autoritären ausländischen Macht“ in die britische Demokratie, sagt der PR-Spezialist und fordert: Das Parlament müsse die Sache aufklären.

Mehr noch: Laut Harris haben die russischen Medien angeblich falsche Meldungen verbreitet – etwa den Bericht darüber, dass die CIA an der Gründung Europas beteiligt gewesen sei.

Der Sender „RT“ konterte darauf, dass die Quellen dieser Berichte größtenteils britische Medien selbst gewesen seien – beispielsweise die Zeitung „Daily Telegraph“, die den Austritt Großbritanniens aus der EU ausdrücklich befürwortete.

Der britische Außenminister, Boris Johnson, hatte laut „RT“ im Dezember 2017 erklärt, er habe für Russlands erfolgreichen Einfluss auf das Brexit-Referendum „keinerlei Beweise“ gesehen. Und Twitter hat erst letzten Monat ein Schreiben an den Medien- und IT-Ausschuss des britischen Parlaments gerichtet, in dem es ebenfalls heißt, es gebe „keine überzeugenden Beweise“ für Russlands angeblichen Einflussversuch.

„Die Vorwürfe an ‚Sputnik‘ und ‚RT‘ kommen immer wieder auf. Das ist eine inzwischen normale Situation, verursacht durch die Verteufelungspolitik, die gegen Russland gerichtet ist“, sagt die Politikexpertin Natalia Jeremina, Dozentin an der Sankt-Petersburger Staatsuniversität. Im Grunde gehe es dabei nicht um russische Medien: „Der Westen nutzt jede Gelegenheit, siehe die Olympischen Spiele“, so die Wissenschaftlerin laut dem Sender. Die wahre Ursache liege darin, dass Russland im Westen als ein Konkurrent wahrgenommen werde. „Die Einmischungsvorwürfe fügen sich ein in die westliche Verdrängungsstrategie. Russland soll von der Weltbühne verschwinden. Insofern ist die Veröffentlichung der PR-Agentur keine Überraschung. So etwas wird immer und immer wieder kommen.“

Diese Ansicht bestätigt der Politologe Nikita Danjuk, Direktor des Instituts für

Strategieforschung und Prognosen. Im Gespräch mit „RT“ sagte er: „Dieser Anti-Russland-Trend wird im Westen dafür benutzt, um die Gesellschaft zu konsolidieren und von inneren Problemen abzulenken.“

Schön und gut. Aber wer oder was ist eigentlich diese PR-Agentur? Finanziert wurde „89up“, wie die britische Zeitung „The Guardian“ berichtet, unter anderem von der NGO „Best for Britain“, die sich für den Verbleib Großbritanniens in der EU starkgemacht und ihrerseits im vergangenen Jahr 400.000 Pfund vom US-Milliardär George Soros erhalten hatte. Mike Harris, der Direktor von „89up“, unterstützte Soros wiederum durch Beiträge in britischen Medien.

Das sei schon ein „peinlicher Augenblick“, schreibt die russische Botschaft in London, wenn „eine vom ausländischen Oligarchen großzügig bezahlte PR-Firma“ sich wegen „angeblicher russischer Einmischung“ bei einer britischen Zeitung beschwert.

Es ist in der Tat verblüffend. Die Nichtregierungsorganisation „Best for Britain“, vom US-Oligarchen Soros finanziert, wird nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens gewertet – obwohl sie offen Propaganda betrieb und die britischen Bürger dazu aufforderte, besser für den Verbleib Großbritanniens in der EU zu stimmen.

„Aus meiner Sicht ist das Heuchelei“, sagt der Politologe Danjuk.

Die Politikexpertin von der Sankt-Petersburger Staatsuniversität, Natalia Jeremina, bemerkt: „Es ist doch klar, dass Soros zu den transatlantischen Eliten gehört. Für sie ist er einer von ihnen. Die britischen Medien und Politiker erlauben sich eine sehr bequeme Position. Sie ignorieren einfach die Propaganda des Milliardärs und suchen stattdessen nach russischem Einfluss. So funktioniert das System.“

Die Chef-Redakteurin von „RT“, Margarita Simonjan, sieht einen weiteren Grund für die Kampagne gegen russische Medien. Die britischen PR-Spezialisten hätten den Bürgern „die Vorteile vom Verbleib in der EU“ nicht hinreichend vermittelt. „Diesen Misserfolg schieben sie jetzt auf ‚Sputnik‘ und ‚RT‘. Sie können sich einfach nicht damit abfinden, dass ihre Mitbürger selbstständig denken und wählen können, wie es ihnen gefällt. Und dass sie etwas anderes lesen können als die Leitmedien“, so die Chef-Redakteurin.

Der Bericht von „89up“ ist jedenfalls beim Medien- und IT-Ausschuss des britischen Parlaments eingegangen, wie „RT“ berichtet. Dessen Vorsitzender habe erklärt, er erwarte von Twitter, dass die Nutzer des Kurznachrichtendienstes informiert würden, Opfer russischer Propaganda geworden zu sein. Ähnliches hatte der Online-Dienst bereits in den USA tun müssen.

Der Politologe Danjuk kommentierte dies wie folgt: „Dies könnte als Vorwand für weitere Sanktionen dienen, wie es in den USA bereits der Fall war.“ Auf den Austritt aus der EU werden die britischen Bürger aber sicherlich nicht verzichten. „Man wird höchstens – nur so zum Schein – eine weitere Untersuchung vornehmen, wegen angeblicher Einmischung von ‚RT‘ und ‚Sputnik‘ in die Brexit-Abstimmung. Die Ergebnisse des Referendums bleiben unangetastet“, ist die Politikexpertin Natalia Jeremina überzeugt.

Lug-info.com: Die Leichen von zwei Diversanten der ukrainischen Streitkräfte, die während des erfolglosen Durchbruchversuchs auf das Territorium der Republik getötet wurden, bleiben in dem Waldstück auf dem von den Kiewer Truppen beschossenen Territorium. Dies teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit. „Ein weiteres Mal will ich die Information des verlogenen ukrainischen Kommandos dementieren, dass die Volksmiliz angeblich Krymskoje beschossen hat, wodurch bei ihnen ein Soldat getötet und einer verletzt wurde“, sagte er.

„Ich will sagen, dass das bei weitem nicht so ist. Sollen die sogenannten Kommandeure den Müttern und Frauen der toten Soldaten der Ukraine erklären, wieso sich dann einer der Soldaten der Ukraine in der Leichenhalle von Stachanow befindet. Dies bestätigt ein weiteres Mal, dass die ukrainischen Streitkräfte ihre Verluste zu niedrig angeben und ihre Soldaten als

Kanonenfutter auf unsere Positionen schicken“, sagte Marotschko.

„Ich will auch anmerken, dass zwei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte sich jetzt in einem Waldstück befinden, wo sie von ihren sogenannten Kameraden zurückgelassen wurden. Derzeit ist die Bergung der Leichen unmöglich, weil die ukrainischen Streitkräften diese Örtlichkeit beschießen und unsere Soldaten die Leichen der getöteten ukrainischen Soldaten nicht bergen können, um sie dann ihren Verwandten zu übergeben“, teilte der Oberstleutnant mit.

„Ein weiteres Mal möchte ich auch sagen, dass die Volksmiliz eine friedliche Regelung der Situation im Donbass anstrebt, aber alle Versuche der ukrainischen Soldaten, die Kontaktlinie zu verändern, heftig unterbunden werden“, unterstrich er.

de.sputniknews.com: Flugzeugabsturz bei Moskau: Ermittler nennen mutmaßliche Ursache
Zwei Tage nach dem Absturz der An-148 bei Moskau vermutet die GUS-Luftfahrtbehörde MAK Vereisung als Ursache der Katastrophe mit 71 Toten. Weil die Instrumente vereist gewesen seien, könnten die Piloten falsche Angaben zur Fluggeschwindigkeit erhalten haben, hieß es am Dienstag in Moskau.

Die Auswertung der Flugdaten sowie „eine Analyse ähnlicher Vorfälle, die sich in der Vergangenheit ereignet hatten, lassen annehmen, dass falsche Angaben über die Fluggeschwindigkeit auf dem Multifunction-Display möglicherweise zur Entwicklung der Notsituation beim Flug geführt haben“, teilte die Behörde mit. Dies sei vermutlich mit der Vereisung des Pitot-Statik-Systems wegen der ausgeschalteten Beheizung verbunden gewesen.

Am Sonntag war ein russisches Flugzeug kurz nach dem Start in Moskau aus vorerst ungeklärter Ursache abgestürzt. Von den 65 Passagieren und sechs Besatzungsmitgliedern an Bord überlebte niemand. Die Maschine der Fluggesellschaft Saratov Airlines sollte von Moskau nach Orsk (Süduralsk) fliegen.

MAK (russisch für: Zwischenstaatliches Luftfahrtkomitee) mit Sitz in Moskau ist die für die zivile Luftfahrt und Luftraumnutzung zuständige Organisation der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31952/94/319529474.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: Nach Lüge über Putin: Niederländischer Außenminister tritt zurück
Nach einer Lüge über ein Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ist der niederländische Außenminister Halbe Zijlstra nach Angaben des niederländischen Fernsehens zurückgetreten. Mit der Lüge habe er den größten Fehler seiner Karriere begangen, argumentierte Zijlstra am Dienstag im niederländischen Parlament seine Entscheidung. Seit 2014 hatte Zijlstra behauptet, er hätte 2006 einem Treffen des russischen Präsidenten Putin mit ausländischen Unternehmern beigewohnt und persönlich gehört, wie der russische Staatschef das Wort „Großrussland“ gebraucht und den Begriff als „Russland, Weißrussland, die Ukraine und die baltischen Staaten“ definiert habe. Zijlstra verband die Erwähnung von „Großrussland“ mit der angeblichen Absicht Russlands, die Kontrolle über die Ukraine, Weißrussland, und die baltischen Länder wiederherzustellen.

Am Montag gab er gegenüber der Tageszeitung "De Volkskrant" zu, dass er über das Treffen mit Putin gelogen hatte.

Bei dem Interview sagte Zijlstra, er selbst habe die von ihm beschriebene Passage nicht gehört, weil er sich zu dem Zeitpunkt in einem Nebenzimmer befunden habe. Der Außenminister will die Geschichte jedoch von einem Mitarbeiter von „Royal Dutch Shell“ gehört und sie in der Ich-Form erzählt haben, um die Persönlichkeit der Quelle nicht zu verraten.

Kurz darauf teilte der ehemaligen Generaldirektor von Royal Dutch Shell, Jeroen van der Veer, der Zeitung „de Volkskrant“ mit, Zijlstra habe diese Geschichte von ihm gehört. Das Wort „Großrussland“ sei aber in einem historischen Kontext gebraucht worden, so van der Veer. Außerdem habe er gegenüber Zijlstra nichts erzählt, was dem Minister erlaubt hätte, dieses Wort „in einem aggressiven Sinne zu deuten“, wie er es 2016 getan habe, betonte van der Veer.